

Expressis verbis

„Zwei Mal war ich schwanger, zwei Mal habe ich nicht den Mut gehabt, es auszutragen, weil ich das Gefühl hatte, dass beide Männer nicht hundertprozentig zu mir standen. Heute weiß ich, dass das ein Fehler war.“

Die Schlagersängerin Gitte Hænning in einem Interview mit der Illustrierten „Bunte“

„Wir glauben, es ist an der Zeit, nach vorne zu gehen, um die globale Bewegung zu stärken, die es jeder Frau garantiert, überall Zugang zu einer sicheren Abtreibung zu bekommen.“

Steven Sinding, Generaldirektor der International Planned Parenthood Federation (IPPF), auf einem Treffen der Initiative „Countdown 2015“

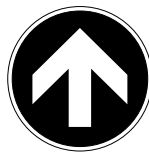
„Wir sprechen über Morde, Konzentrationslager, Gulags, aber tatsächlich werden Tausende und Abertausende von Kindern in den Bäuchen ihrer Mütter geopfert. Das ist so absurd, dass es mit keinem Genozid in der Geschichte verglichen werden kann.“

Bischof José Gea Escolano, Oberhirte der spanischen Diözese Mondonedo-Ferrol

„Ebenso klar möchte ich sagen, dass niemand bei uns Interesse an einer erneuten Diskussion über den § 218 StGB insgesamt hat.“

Die Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Maria Böhmer in der Bundestagsdebatte am 11. November

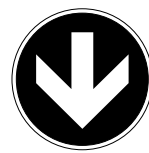
Tops & Flops



Hollywood-Schauspieler und Oscar-Preisträger Mel Gibson hat sich für den Lebensschutz stark gemacht. Wenige Tage vor dem Referendum im

US-Bundesstaat Kalifornien, bei dem die Bürger darüber abstimmen sollten, ob der Staat die Forschung an embryonalen Stammzellen in den nächsten zehn Jahren mit drei Milliarden US-Dollar fördern solle oder nicht, rief Gibson dazu auf, gegen die Initiative zu stimmen. In der Fernsehshow „Good Morning America“ erklärte der Hollywood-Star, das sei ein „ethisches Problem“. Deswegen habe er auch Kaliforniens Gouverneur Arnold Schwarzeneggers angerufen, um persönlich mit ihm über dieses Thema zu sprechen. „Warum soll ich mit meinen Steuern etwas finanzieren, das ich für zutiefst unethisch halte?“, so Gibson. Für die Forschung mit adulten Stammzellen würde er dagegen selber Zellen spenden.

Wochen zuvor hatten sich außer Schwarzenegger auch Microsoft-Gründer Bill Gates sowie der an Parkinson leidende Schauspieler Michael J. Fox und der inzwischen verstorbene Superman-Darsteller Christopher Reeve für die Forschung mit embryonalen Stammzellen ausgesprochen und den Menschen die Heilung bislang unheilbarer Krankheiten versprochen. Bei dem Referendum sprachen sich die Kalifornier mehrheitlich für die staatliche Förderung der embryonenverbrauchenden Forschung aus. *reh*



Das Menschenrechtskomitee der Vereinten Nationen (UNHRC) hat Polen aufgerufen, seine geltenden Abtreibungsgesetze zu liberalisieren.

In einer Anfang November veröffentlichten Stellungnahme fordert der UNHRC, sowohl die Abtreibungsgesetzgebung als auch die Abtreibungspraxis des Landes müssten überarbeitet werden. Man sei „zutiefst besorgt über die restriktiven Abtreibungsgesetze in Polen“.

In Polen sind Abtreibungen dann erlaubt, wenn das Leben der Mutter durch die Schwangerschaft bedroht wird, der Schwangerschaft eine Vergewaltigung vorausgegangen ist, oder eine Missbildung des Kindes diagnostiziert wurde (vgl. LebensForum Nr. 71).

Weiter fordert das Komitee, die Regierung müsse künftig Sorge dafür tragen, dass den Bürgern und Bürgerinnen ausreichend Mittel zur Empfängnisverhütung zur Verfügung ständen. Außerdem verlangt der Bericht, „das Bildungsministerium muss sicher stellen, dass in Schulen eine genaue und objektive Sexualerziehung auf dem Lehrplan steht.“

Der Sprecher der polnischen Vereinigung von Pro-Life-Gruppen, Lech Kowalewski, wertete den Bericht des UNHRC als einen „Angriff auf die Souveränität Polens“. Mit ihm solle die polnische Regierung gedrängt werden, für einen Gesetzentwurf zu stimmen, der die Aufweichung der Abtreibungsgesetzgebung in Polen zum Ziel habe. *reh*



Aus dem Netz gefischt

www.rahel-ev.de

An Beratungsangeboten für Frauen, die sich in einem Schwangerschaftskonflikt befinden, herrscht kein Mangel. Seit der Reform des § 218 im Jahr 1995 hat der Staat ein flächendeckendes Beratungsangebot aufgebaut. Dass die Qualität der Beratung höchst unterschiedlich ist und vielfach nicht wirklich darauf abzielt, der Schwangeren das Ja zum Kind zu erleichtern, ist hinlänglich bekannt.

Staatliche wie privat organisierte Hilfe können auch diejenigen Mütter und Väter in Anspruch nehmen, die den Konflikt

mit dem Verein und den Beraterinnen seiner acht Zweigstellen Kontakt aufnehmen.

Auch finden sich auf der Homepage anonyme Erfahrungsberichte Betroffener, die eine erste Hilfe sein können, Symptome des so genannten „Post Abortion Syndrom“ (PAS) zu erkennen. Da die psychischen Folgeschäden einer Abtreibung, unter denen rund 80 Prozent der Betroffenen leiden, oft erst Jahre danach auftreten, bleiben sie vielfach unerkannt. Welche Spätfolgen bis heute bekannt sind,

darüber informiert eine knappe und allgemein verständliche Zusammenstellung der wissenschaftlichen Ergebnisse, die von der Psychologin Maria Simon von der Frauenklinik der Universität Würzburg erarbeitet wurde. Eine umfangreiche Literaturliste mit Büchern zum Thema bietet die Möglichkeit, sich selbst tiefer mit dem PAS auseinanderzusetzen, das übrigens

auch bei Männern auftreten kann, die ihr Kind nicht vor einer Abtreibung schützen konnten.

Technisch ist die Seite so einfach wie möglich gehalten. Es wird nicht einmal versucht, zu verbergen, dass die Seite mit minimalem Aufwand erstellt wurde. Warum auch? Die übersichtliche Navigation ermöglicht es, sich schnell einen kompletten Überblick über die Angebote zu verschaffen. Mehr ist hier auch gar nicht erforderlich. Denn wer www.rahel-ev.de ansteuert, der benötigt weder ein dem Auge schmeichelndes Design noch ein durch Fülle beeindruckendes Informationsangebot. Wer bei „Rahel“ landet, hat seelische Not, benötigt knappe Information und schnellen Kontakt. Und genau das finden Frauen, die eine Abtreibung erlebt haben, hier.

Stefan Rehder



gelöst und sich gegen die Abtreibung des Kindes entschieden haben. Dagegen stehen diejenigen Frauen, die ihr Kind zur Tötung freigegeben haben, hinterher fast allein da. Fast, denn, Gott sei Dank, gibt es „Rahel“. In dem 1992 gegründeten Verein haben sich Frauen zusammengeschlossen, die das Trauma, das bei vielen nach einer Abtreibung sichtbar wird, durchlebt haben. Leidensgenossinnen bieten sie ihre Erfahrung und Hilfe zur Aufarbeitung an.

Auf der Internet-Homepage des Vereins können sich Betroffene unter www.rahel-ev.de über den Verein und seine Hilfsangebote informieren. Da Frauen, die eine Abtreibung erlebt haben, meist die Anonymität suchen, hat „Rahel“ eine spezielle E-Mail-Adresse eingerichtet, über die die Betroffenen unerkannt mit den Rahel-Beraterinnen in Kontakt treten können. Aber auch per Telefon kann man anonym

Expressis verbis

„Wenn wir der Natur schon die Zügel beim Fortpflanzungsgeschehen aus der Hand nehmen, müssen wir auch für die Aufrechterhaltung der Standards ihrer Qualitätskontrolle Sorge tragen.“

Der Jesuit Christian Kummer in einem Plädoyer für die Zulassung der PID

„Es geht aber, und das sage ich ganz persönlich, auch beispielsweise darum, dass wir die Stammzellforschung in Deutschland unbegrenzt zulassen müssen.“

Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) bei der Haushaltsdebatte im Bundestag

„Es geht um den Schutz des Embryos. Seine Menschenwürde und sein Recht auf Leben werden von uns nicht nur zum gegenwärtigen Zeitpunkt, sondern auch in Zukunft zu achten sein.“

Thomas Rachel, Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der Enquete-Kommission „Ethik und Recht der modernen Medizin“

„Der Zeitpunkt wird kommen, zu dem wir einfordern werden, dass der Stichtag angepasst wird.“

DFG-Präsident Ernst-Ludwig Winnacker zum Embryonenschutzgesetz

„Aus persönlicher Sicht unterstützte ich das therapeutische Klonen.“

UN-Generalsekretär Kofi Annan am Rande der Verhandlungen der Vereinten Nationen über ein weltweites Klonverbot

Weltweites Klonverbot erneut gescheitert

New York (ALfA). Die Bemühungen um eine internationale Klonverbots-Konvention der Vereinten Nationen sind erneut gescheitert. Das berichten unter anderem das „Handelsblatt“, die „Süddeutsche Zeitung“, „Die Welt“, der „Spiegel“, die „Neue Zürcher Zeitung“, die „Financial Times Deutschland“ sowie „die tageszeitung“. Die USA und weitere Länder, die ein totales Klonverbot gefordert hatten, konnten sich nicht durchsetzen. Allerdings war es auch den Befürworter einer Konvention, die zwar das reproduktive Klonen untersagt, jedoch das Klonen zu Forschungszwecken ermöglicht hätte, nicht möglich, sich die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit zu sichern.

Der Rechtsausschuss hat sich am 19. November nur darauf geeinigt, der UNO-Vollversammlung eine völkerrechtlich nicht bindende Erklärung gegen das Klonen zur Abstimmung vorzulegen. Darin sollen die Länder aufgefordert werden, das Klonen zu unterbinden. Vorerst ist aber keine Einigung über eine Formulierung der Kompromiss-Erklärung möglich

gewesen, die darüber Aufschluss gibt, ob auch das Forschungsklonen einbezogen werden soll. Die USA sowie etwa 60 weitere Staaten drängen darauf, dass die Deklaration zum Verbot des Klonens „menschlichen Lebens“ aufruft. Die andere Gruppe um Belgien verlangt, dass von „menschlichen Wesen“ gesprochen wird. Verhandlungen über diese Formulierung sollen im Februar 2005 fortgesetzt werden. Einig sind sich die Staaten allerdings darüber, dass die Erklärung dazu aufrufen soll, dass bei der Forschung „die menschliche Würde unter allen Umständen respektiert“ wird. Länder wie Großbritannien, Südkorea oder Singapur, die das so genannte therapeutische Klonen erlauben, sehen laut Zeitungsberichten darin eine Bestätigung ihrer Position.

Im vergangenen Jahr war die Verabschiedung einer Klonverbots-Konvention an der Stimme Deutschlands gescheitert.

PID in Großbritannien: Darmkrebs-Risiko als Tötungsgrund

London (ALfA). Embryonen mit einem erhöhten Krebsrisiko dürfen in Großbri-

tannien bei einer künstlichen Befruchtung mittels Präimplantationsdiagnostik (PID) selektiert werden. Das berichten der „Spiegel“, das „Hamburger Abendblatt“, die „Financial Times Deutschland“ sowie das „Deutsche Ärzteblatt“. Die britische Behörde für menschliche Fruchtbarkeit und Embryologie (HFEA) habe bestätigt, dass sie ein entsprechendes Verfahren genehmigt habe. Wissenschaftler vom University College London hätten beantragt, bei künstlichen Befruchtungen solche Embryonen aussortieren zu dürfen, die Träger eines Gens seien, das eine bestimmte Form von Darmkrebs begünstige. Kritiker haben laut der Zeitungen betont, es sei keineswegs sicher, dass die Träger des Gens auch tatsächlich an Darmkrebs erkranken würden und es zudem gute Heilungschancen der Krankheit gebe. Am Ende dieser Entwicklung würden vielleicht nur noch Embryonen mit einem perfekten Erbgut am Leben gelassen.

Derzeit liegt der HFEA ebenfalls ein Antrag vor, die Präimplantationsdiagnostik bei einem erhöhten Risiko für Brustkrebs zuzulassen.

Aktion Lebensrecht für Alle (ALfA) e.V.

Ottmarsgäßchen 8, 86152 Augsburg

Telefon (08 21) 51 20 31, Fax (08 21) 156407, <http://www.alfa-ev.de>

Spendenkonto: Augusta-Bank eG (BLZ 720 900 00), Konto Nr. 50 40 990

Ja, ich abonniere die Zeitschrift Lebensforum für 12 pro Jahr.

Herzlich laden wir Sie ein, unsere ALfA-Arbeit durch Ihre Mitgliedschaft zu unterstützen.

Ja, ich unterstütze die Aktion Lebensrecht für Alle (ALfA) e.V. als ordentliches Mitglied mit einem festen Monatsbeitrag. Der Bezug des Lebensforums ist im Beitrag schon enthalten. Die Höhe des Beitrages, die ich leisten möchte, habe ich angekreuzt:

- 12 jährlich für Schüler, Studenten und Arbeitslose
- 20 jährlich Mindestbeitrag
- _____ jährlich freiwilliger Beitrag

Mitgliedsbeiträge und Spenden sind steuerlich abzugsfähig.

Meine Adresse

Name: _____

Straße, Nr.: _____

PLZ, Ort: _____

Datum, Unterschrift: _____

Freiwillige Angaben

Geboren am: _____

Telefon: _____

Religion: _____

Beruf: _____

Um Verwaltungskosten zu sparen und weil es für mich bequemer ist, bitte ich Sie, meine Beiträge jährlich von meinem Konto einzuziehen:

Kto.-Nr.: _____

BLZ: _____

Institut: _____